

Anwesend	48 Kinder und Jugendliche, 8 Kinderdorfmütter, Erzieherinnen, Päd. Leitung und Verwaltung, Andreas Dittmann (Vorstand des Albert-Schweitzer-Familienwerks und Kulturdezernent der Stadt Zerbst), Tobias Raschke (Moderation)
Seite 1	Gesundheit
Seite 2	Umwelt/ Klima
Seite 5	Verselbständigung
Seite 6	Verkehr / ÖPNV, Verkehrssicherheit
Seite 7	Umwelt
Seite 9	Freizeit
Seite 11	Schule

**Abstimmungsmodus:**

Ein Antrag gilt als angenommen, wenn mehr Kinder und Jugendliche dafür als dagegen stimmen.

**Gesundheit**

<b>Antrag 1</b>	<b>Wir fordern, dass in den Schulen umfangreicher über gesunde Lebensweise informiert wird.</b>
<b>Der Antrag</b>	Begründung: Viele von uns sind zu dick, weil wir nicht wissen, wie man sich gesund ernährt.
<b>Antragssteller</b>	Jennifer (14), Sven (11), Nadine (14), Katja (17), Bianca (16), Vanessa (10), Steven (6), Antony (9)
<b>Abstimmung:</b>	26 Dafür, 12 Dagegen, 2 Enthaltungen
<b>Paten</b>	MdB Waltraud Wolff (Wolmirstedt) übernimmt als Mitglied des Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Patenschaft.
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	Zu diesem Thema sagte <b>Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper</b> im Gespräch mit einer Delegation des Albert-Schweitzer-Kinderdorf Magdeburg: Gesunde Ernährung sei eine wichtige Sache, er sei für mehr Aufklärung, aber keine Zwänge. Die Getränkeautomaten werden privatwirtschaftlich betrieben, daher ist der Einfluss begrenzt. Jennifer und Nadine, die bei dem Gespräch dabei waren sind nicht zufrieden mit der Antwort und denken, dass die Stadt bzw. das Land durchaus Einfluss nehmen könnte, welche Getränke oder Sachen an Schulen verkauft werden.  Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die <b>Staatskanzlei Sachsen-Anhalt</b> Mitte Dezember 2007: Damit spricht Ihr ein wirklich wichtiges Thema an. Weil es so wichtig ist und man nicht früh genug anfangen kann, auf eine gesunde Lebensweise zu achten, wurde das ganze Themenfeld rund um Gesundheit in den sogenannten „Rahmenrichtlinien“ festgeschrieben, welche die Grundlage für die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts sind. An verschiedenen Stellen wird die gesunde Lebensweise in der Grundschule im Sachunterricht und im Sport, an den weiterführenden Schulen in den Fächern Biologie, Chemie und Hauswirtschaft, evangelischer und katholischer Religionsunterricht, Ethikunterricht und Sport sowie in Projektwochen aufgegriffen. Diese Vorgaben bieten ausreichend Freiraum für eine intensive Befassung mit dem Thema. Wenn Euch das in Eurer Schule zu wenig erscheint, dann solltet Ihr unbedingt Eure Lehrer ansprechen.

<b>Antrag 2</b>	<b>Wir fordern, dass Lebensmittel auch für uns Kinder entsprechend sichtbar gekennzeichnet sind.</b>
<b>Der Antrag</b>	Begründung: um besser zu erkennen, welche ungesunden Bestandteile enthalten sind und damit auch Kinder, die nicht lesen können, auch wissen, was gut und gesund ist
<b>Antragssteller</b>	Jennifer (14), Sven (11), Nadine (14), Katja (17), Bianca (16), Vanessa (10), Steven (6), Antony (9)
<b>Abstimmung:</b>	18 Dafür, 17 Dagegen, 9 Enthaltungen
<b>Paten</b>	MdB Waltraud Wolff (Wolmirstedt) übernimmt als Mitglied des Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Patenschaft.
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

<b>Antrag 3</b>	<b>Wir fordern rauchfreie Gaststätten, öffentlich Einrichtungen und Behörden</b>
<b>Der Antrag</b>	Begründung: zum Schutz der Nichtraucher. Wenn jemand rauchen will, dann kann er auch raus gehen.
<b>Antragssteller</b>	Nadine (15)
<b>Abstimmung:</b>	27 Dafür, 14 Dagegen, 0 Enthaltungen
<b>Paten</b>	MdL Ronald Doege (Zerbst)
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die <b>Staatskanzlei Sachsen-Anhalt</b> Mitte Dezember 2007: Es ist erfreulich, dass sich die Mehrheit von Euch für ein Rauchverbot ausgesprochen hat. In der Tat ist der Schutz der Nichtraucherinnen und Nichtraucher eine sehr wichtige Angelegenheit, weil Untersuchungen gezeigt haben, wie gefährlich auch das passive Mitrauchen für die Gesundheit ist. Besonders gefährlich ist hierbei das Rauchen in geschlossenen Räumen. Es ist daher folgerichtig, dass bei einem Rauchverbot in Räumen die Raucher vor die Tür gehen können. So müssen sie nicht auf das Rauchen verzichten, gefährden aber auch nicht die Gesundheit der anderen. In unserem Bundesland befindet sich ein Gesetz im parlamentarischen Verfahren, in dem nicht nur das Rauchen in Behörden, Gaststätten und öffentlichen Einrichtungen verboten werden soll, sondern auch in Kindereinrichtungen, Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen, in Krankenhäusern und Heimen, in Kultureinrichtungen wie Museen, Discos, Hotels, in Sporteinrichtungen und auch im Landtag. Bei Verstößen müssen Strafen gezahlt werden. Achtet in diesen Tagen auf Nachrichten, denn das Gesetz steht unmittelbar vor seiner Verabschiedung im Landtag und soll ab 1. Januar 2008 in Kraft treten.

## Umwelt/ Klima

<b>Antrag 4</b>	<b>Wir fordern von uns mehr Klimaschutz und bewussteren Umgang mit Energie. Geräte sollten z.B. nicht im Standby belassen werden, Heizkörper nicht so hoch eingestellt sein und Energiesparlampen verwendet werden.</b>
<b>Antragssteller</b>	Nadine (15)
<b>Abstimmung:</b>	19 Dafür, 4 Dagegen, 11 Enthaltungen
<b>Paten</b>	MdB Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

<b>Antrag 5</b>	<b>Wir fordern die vermehrte Nutzung von Sonnenenergie und natürlichen Energiequellen</b>
<b>Antragssteller</b>	Nadine (15)
<b>Abstimmung:</b>	33 Dafür, 1 Dagegen, 7 Enthaltungen
<b>Paten</b>	MdB Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	Zu diesem Thema sagte <b>Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper</b> im Gespräch mit einer Delegation des Albert-Schweitzer-Kinderdorf Magdeburg: Hinweis auf Bericht in der Volksstimme vom 13.11. über Bürger-Solarkraftwerk; Falls jemand Artikel gelesen hat, bitte hier zusammenfassen

**Hans Peter Bergner (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referatsleiter)** schreibt dazu in einem Brief: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien, wie Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Erdwärme haben wir in Deutschland bereits deutliche Erfolge erzielt. Die Grundlage dafür sind das Erneuerbare – Energien – Gesetz und umfangreiche Fördermöglichkeiten durch ein Markanreizprogramm. So ist es möglich, dass erneuerbare Energien heute beim Stromverbrauch einen Anteil von 12 Prozent haben; bis zum Jahr 2020 sollen es 27 Prozent werden.

Wir sind stolz darauf, dass es uns im Rahmen der europäischen Ratspräsidentschaft Deutschlands im ersten Halbjahr 2007 gelungen ist, einen entsprechenden europäischen Beschluss ( 20 Prozent ) herbeiführen zu können.

Das wird dann auch unsere Verhandlungsbasis für die nächste Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention im Dezember 2007 in Bali sein, bei der die Ziel für die zweite Etappe des Kyoto – Protokolls ab 2012 auszuhandeln sind.

Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die **Staatskanzlei Sachsen-Anhalt** Mitte Dezember 2007: Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Gesamtstromerzeugung stieg in Sachsen-Anhalt in nur wenigen Jahren auf enorme 20,5 %. Dieser Anteil war im Jahr 2005 hier höher als in anderen deutschen Bundesländern und sogar doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Die Landesregierung fördert den Ausbau der erneuerbaren Energien aus Gründen des Klimaschutzes, aber auch aus arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Gründen: von den ungefähr 7.650 Arbeitsplätzen entfallen 53 % auf Windenergie, 22 % auf Bioenergie, 13 % auf Fotovoltaik, 2 % auf Geothermie, 10 % auf Solarwärme.

<b>Antrag 6</b>	<b>Wir fordern mehr Nutzung von Sonnenenergie in Zerbst, z.B. könnten auf dem Rathaus und Schulen Solarzellen zur Stromproduktion genutzt werden und auf dem Familienwerk und Kinderdörfern Sonnenkollektoren für warmes Wasser.</b>
<b>Antragssteller</b>	Nadine (15)
<b>Abstimmung:</b>	21 Dafür, 3 Dagegen, 19 Enthaltungen
<b>Paten</b>	Degenhart Bielke (Sonderbeauftragter Landrat Anhalt-Bitterfeld)
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die <b>Staatskanzlei Sachsen-Anhalt</b> Mitte Dezember 2007: Aus Kostengründen ist es für Kommunen sinnvoller, die Dachflächen öffentlicher Gebäude an private Investoren oder auch als Bürgersolarkraftwerke zu verpachten. Ob sich das rechnet, sollte dabei unbedingt vorher durch ein Ingenieurbüro ermittelt werden. Solare Wärmenutzung dagegen rechnet sich auf kommunalen Gebäuden überall dort, wo Warmwasser gebraucht wird, wie in Turnhallen, Schwimmhallen, Schulen oder Freibädern. Das Land Sachsen-Anhalt hat in der Vergangenheit ein sogenanntes „kommunales Energiemanagement“ gefördert, dass energetische Schwachstellen in kommunalen Gebäuden und sinnvolle Anwendungen aufdecken sollte. Ob das Projekt in Euren Kommunen fortgeführt wird, müsst Ihr dort erfragen.

<b>Antrag 7</b>	<b>Wir fordern mehr umweltfreundliche Autos, damit das Ozonloch nicht noch größer wird.</b>
<b>Antragssteller</b>	Sven (13)
<b>Abstimmung:</b>	Mehrheitlich angenommen
<b>Paten</b>	MdB Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	<p><b>Hans Peter Bergner (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referatsleiter)</b> schreibt dazu in einem Brief: Um die weltweiten Umweltprobleme und den Klimawandel beherrschbar zu machen, muss auch der Autoverkehr einen Beitrag dazu leisten. Die Autoindustrie nehmen wir dazu in die Pflicht, neue „Umweltautos“ zu produzieren. Wir möchten das mit mehreren Maßnahmen erreichen: Die Autohersteller werden verpflichtet, den Ausstoß von CO<sub>2</sub> bei Neuwagen künftig auf 130 Gramm pro Kilometer ( bisher ca. 180 Gramm ) zu reduzieren, d.h. die Autoindustrie muss sich bei der Herstellung der Autos auf moderne Technologien umstellen. Auch werden die Kfz – Steuern von einem Hubraum – Bezug zu den CO<sub>2</sub> – Bezug umgestellt. Durch zusätzliche Maßnahmen, wie den Einsatz von Biokraftstoffen, von Leichtlaufreifen und Fahrerschulungen sollen die Emissionen zusätzlich auf 120 Gramm pro Kilometer gesenkt werden.</p> <p><b>Zum Ozonloch:</b> Mitte der 70iger Jahre stellten Wissenschaftler eine Ausdünnung der schützenden Ozonschicht fest. Ozon, der dreiwertige Sauerstoff mit der Formel O<sub>3</sub> hat zwei Gesichter: Wenn die sommerliche Sonne bei bestimmten Witterungsbedingungen Luftschadstoffe wie Stickoxide und Kohlenwasserstoffe in bodennahes Ozon umwandelt, gefährdet dieser „Sommersmog“ die Gesundheit von Menschen und Tieren. In 15 bis 25 Kilometern Höhe ( Stratosphäre ) hingegen schützt die Ozonschicht das gesamte Leben auf der Erde vor den zellschädigenden Anteilen der ultravioletten Strahlung der Sonne. Die Ursache des Abbaus der Ozonschicht ist inzwischen klar: Ausgangspunkt der komplizierten chemischen Reaktionskette sind Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW). Jahrzehntlang haben wir ahnungslos FCKW freigesetzt: als Treibgase in Spraydosen, zum Aufschäumen von Schaum – und Dämmstoffen, als Kältemittel in Klimaanlage und Kühlschränken, als Reinigungs- und Lösemittel.</p> <p>Inzwischen ist das „Montrealer Protokoll“ von 189 Staaten ratifiziert worden und zeigt Wirkung: Bis 2004 ging der weltweite FCKW – Einsatz um rund 95 Prozent zurück, in Deutschland sogar um mehr als 98 Prozent. Trotzdem wird es noch bis Mitte dieses Jahrhunderts dauern, bis die Ozonwerte in der Stratosphäre wieder auf normalem Niveau sind. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel setzt auch international alles daran, dass das endgültige Aus für ozonschichtschädigende Stoffe so schnell wie möglich kommt.</p> <p>Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die <b>Staatskanzlei Sachsen-Anhalt</b> Mitte Dezember 2007: Der Kraftverkehr trägt mit etwa 30 % zu den Kohlendioxidemissionen bei. Wenngleich sich auch in diesem Bereich viel Positives getan hat, sind hier weitere Klimaschutzanstrengungen notwendig. So wird heute viel über umweltfreundliche Autos diskutiert. Wie ist jedoch der Stand?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wasserstoffbetriebene Autos sind nur dann umweltfreundlich, wenn der Wasserstoff aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Eine Option ist der Einsatz von Brennstoffzellen in solchen Fahrzeugen. Hier ist insgesamt noch viel Forschungsarbeit zu leisten, bis solche Anwendungen bezahlbar sind.</li> <li>- Elektroautos benötigen große und schwere Batterien. Es gibt zwischenzeitlich zwar hoffnungsvolle Entwicklungen, die aber sehr teuer sind und deren Lebensdauer noch zu gering ist. Doch auch hier gilt: Elektroautos sind nur umweltfreundlich, wenn der Strom, den sie tanken, aus erneuerbaren Energien stammt.</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hybridfahrzeuge mit Benzin- und Elektromotor sind sparsamer als andere Autos, aber durch den zweiten Motor und die Batterien auch deutlich schwerer. Bei solchen Fahrzeugen wird ein Teil der Energie zum Beispiel beim Abbremsen in Elektroenergie umgewandelt und gespeichert.</li> <li>- Kraftfahrzeuge, die Erdgas oder Flüssiggas als Treibstoff verwenden, sind in ihrer Entwicklung schon so weit, dass sie wirtschaftlich betrieben werden können. Ihr Nachteil ist die geringe Reichweite.</li> <li>- Die Politik fordert von den Autobauern, Autos mit einem geringen Energieverbrauch zu bauen. Machbar ist so etwas schon und auch wirtschaftlich. Die Ausrede der Autobauer – die Nachfrage nach solchen Autos wäre nicht da. Hier ist der Konsument gefragt: also gut überlegen, welches Auto man zukünftig kaufen will.</li> </ul>
--	--

## Verselbständigung

<b>Antrag 8</b>	<b>Wir fordern mehr Mitspracherecht bei der Verselbständigung</b>
<b>Antragssteller</b>	Steve (17)
<b>Abstimmung:</b>	26 Dafür, 7 Dagegen, 2 Enthaltungen
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

<b>Antrag 9</b>	<b>Wir fordern auch nach der Verselbständigung mit 18 weiterhin Unterstützung.</b>
<b>Antragssteller</b>	Romy (17)
<b>Abstimmung:</b>	Mehrheitlich angenommen
<b>Paten</b>	Staatskanzlei Sachsen-Anhalt (Magdeburg)
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	<p>Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt Mitte Dezember 2007: Euch geht es – so vermute ich - nicht ausschließlich um eine Weiterführung der finanziellen Hilfe. Diese ist ggf. über die Hilfe zum Lebensunterhalt oder anderen Hilfen, wie z. B. Schüler- und Studenten-Bafög, zu realisieren. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz regelt in § 41 „Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung“ die Förderung und Betreuung junger Volljähriger. Danach ergibt sich folgendes:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- In Abhängigkeit von persönlichen Situationen des einzelnen jungen Volljährigen soll Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden und zwar solange, wie sie notwendig ist, in der Regel aber nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres.</li> <li>- Junge Volljährige sollen auch nach Beendigung der Hilfen zur Erziehung im notwendigen Umfang unterstützt und beraten werden.</li> </ul> <p>Damit sind im Grunde die gesetzlichen Regelungen vorhanden, die es gestatten, schon heute der Forderung Eures Antrages nachzukommen. Allerdings ist dies richtigerweise keine generelle, sondern immer eine auf die persönliche Situation von Jugendlichen zugeschnittene Regelung. Das ist so gedacht, weil junge Volljährige auch die Möglichkeit haben sollen, sich mit Erreichen der Volljährigkeit vom Heim zu lösen und ihr Leben selbstbestimmt zu leben. Also wäre ein Gespräch mit Eurem zuständigen Jugendamt notwendig, um sich über die Möglichkeiten beraten zu lassen, die zu jedem einzelnen von Euch am besten passen.</p>

## Verkehr / ÖPNV

<b>Antrag 10</b>	<b>Fahrtkosten für Bus und Bahn sollten billiger sein, als das Autofahren, so würden mehr Menschen mit Bus und Bahn fahren. Außerdem kann nicht jeder die hohen Preise bezahlen</b>
<b>Abstimmung:</b>	Sabrina (16), Susann (15) [zsgefasster Antrag]
<b>Antragssteller</b>	20 Dafür, 1 Dagegen, 15 Enthaltungen
<b>Paten</b>	Staatskanzlei Sachsen-Anhalt (Magdeburg)
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	<p>Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt Mitte Dezember 2007: Das Land Sachsen-Anhalt bemüht sich nach Kräften, den öffentlichen Personennahverkehr so billig wie möglich auszugestalten. Fahrkarten im Schienenpersonennahverkehr würden das 5fache kosten, wenn sich das Land nicht jährlich mit einem dreistelligen Millionenbetrag engagierte. Auch der Bus- und Straßenbereich wird in vielfältiger Weise aus Steuermitteln bezuschusst. Insgesamt gibt das Land für den öffentlichen Personennahverkehr ungefähr eine halbe Milliarde Euro aus.</p> <p>Beim Vergleich mit den Aufwendungen für das Autofahren wird oft außer Acht gelassen, dass der motorisierte Individualverkehr außer dem Kraftstoff in erheblichem Umfang weitere Aufwendungen auslöst. Unter Einrechnung aller Kosten sind diese Aufwendungen für Bus und Bahn deutlich geringer.</p> <p>Für Schüler bis zur Klasse 10 ist die Beförderung zur Schule in Sachsen-Anhalt kostenlos. Für die Sommerferien bietet das Schülerferienticket erhebliche Vergünstigungen. Außerdem bestehen bei den Verkehrsunternehmen nach Alter gestaffelte Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche.</p> <p>Wenn Ihr auf Grund Eurer besonderen Situation im Albert-Schweitzer-Familienwerk konkrete Vorschläge für die Tarifgestaltung im öffentlichen Personennahverkehr habt, so könntet Ihr diese dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt schreiben und um ihre Prüfung bitten.</p>

<b>Antrag 11</b>	<b>Bahn- und Busfahren sollte bis 18 Jahre kostenlos sein. So könnten Kinder-Einrichtungen öfter gemeinsame Fahrten unternehmen.</b>
<b>Abstimmung:</b>	Mehrheitlich angenommen
<b>Antragssteller</b>	Susann (15)
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

## Verkehrssicherheit

### Zerbst

<b>Antrag 12</b>	<b>Unsere (Schul-) Wege sollen sicherer werden.</b>
<b>Der Antrag</b>	Wir fordern sichere Fußwege. Die Kreuzung am „Alten Teich“ in Zerbst ist gefährlich, weil die Grünphasen zu kurz für die Fußgänger sind. Die Forderung ist, die Grünphase länger zu behalten, damit die Leute gefahrlos die Straße überqueren können.
<b>Abstimmung:</b>	Susann (15)
<b>Antragssteller</b>	33 Dafür, 1 Dagegen, 0 Enthaltungen
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	Es soll ein Lageplan mit dem gewünschten Ort markiert werden.

**Zerbst**

<b>Antrag 13</b>	<b>Ich fordere mehr Radwege in Zerbst, um gefährliche Straßen zu meiden.</b>
<b>Abstimmung:</b>	Susann (15)
<b>Antragssteller</b>	13 Dafür, 0 Dagegen, 22 Enthaltungen
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	Es soll ein Lageplan mit dem gewünschten Ort markiert werden.

**Jütrichau / Roßlau**

<b>Antrag 14</b>	<b>Ich fordere mehr Fußgängerüberwege in Jütrichau und Rosslau, um sicher die Straße zu überqueren.</b>
<b>Abstimmung:</b>	Susann (15)
<b>Antragssteller</b>	24 Dafür, 10 Dagegen, 10 Enthaltungen
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	Es soll ein Lageplan mit dem gewünschten Ort markiert werden.

**Umwelt**

<b>Antrag 15</b>	<b>Wir fordern von uns, dass wir keinen Müll auf die Straße werfen und beim Verlassen von Picknickplätzen den Müll wieder mitnehmen.</b>
<b>Abstimmung:</b>	35 Dafür, 0 Dagegen, 4 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	Jennifer (16)
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

**Zerbst**

<b>Antrag 16</b>	<b>Wir fordern mehr Mülleimer für das Stadtgebiet, denn wir wissen oft nicht, wo wir unseren Müll lassen sollen.</b>
<b>Abstimmung:</b>	22 Dafür, 1 Dagegen, 16 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	Jennifer (16)
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

**Magdeburg**

<b>Antrag 17</b>	<b>Ich fordere, dass Baustellen besser geplant werden, weil sie die Stadt verschandeln. Es gibt in Magdeburg momentan zu viele Baustellen.</b>
<b>Abstimmung:</b>	17 Dafür, 11 Dagegen, 12 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	Ronald (16)
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	Zu diesem Thema sagte Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper im Gespräch mit einer Delegation des Albert-Schweitzer-Kinderdorf Magdeburg: Es sollte mehr Baustellen geben und nicht weniger, weil die Stadt Magdeburg mehr machen wolle, aber finanziell nur einen begrenzten Spielraum hat. Der OB wünscht sich mehr Baustellen in Kindergärten, Krippen und Schulen. Zum Beispiel stehen 23 der 43 städtischen Schulen auf dem Plan zur Vollsanierung.

**Deetz**

<b>Antrag 18</b>	<b>Ich fordere, dass der Teich in Deetz gesäubert, der Strand vergrößert und Bänke aufgestellt werden.</b>
<b>Abstimmung:</b>	15 Dafür, 17 Dagegen, 5 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	Ludwig (11)
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

**Roßlau**

<b>Antrag 19</b>	<b>Wir fordern, dass kein Abwasser mehr in die Elbe eingeleitet wird, damit man darin schwimmen kann.</b>
<b>Abstimmung:</b>	29 Dafür, 3 Dagegen, 7 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	Stefan (15)
<b>Paten</b>	Staatskanzlei Sachsen-Anhalt (Magdeburg)
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	<p>Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt Mitte Dezember 2007: Zuerst muss gesagt werden, dass die Elbe kein „Badegewässer“ ist. Die Verbesserung der Wassergüte der Fließgewässer hat in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen, die natürlichen Selbstreinigungsvorgänge zu stärken. Auch die Wassergüte der Elbe hat sich hinsichtlich der chemischen und biologischen Parameter insgesamt erheblich verbessert. Das Abwasser wird im Gegensatz zu früheren Zeiten vor der Einleitung heute so gut vorbehandelt, dass man sogar in der Elbe baden könnte. Es gibt aber zwei wesentliche Gründe, die gegen ein offizielles „Elbe-Badegewässer“ sprechen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Badegewässerqualität richtet sich nach den Kriterien einer EU-Badegewässer-Richtlinie. Sie berücksichtigt dabei insbesondere mikrobiologische Verunreinigungen. Für Fließgewässer, so auch für die Elbe, ist es grundsätzlich nicht möglich, eine ständige und verlässliche Sicherung der mikrobiologischen Güteparameter zu gewährleisten. Auch mit sehr weitgehenden technischen Hygienisierungsmaßnahmen der häuslichen und industriellen Abwassereinleitungen ist es nicht möglich, die hygienischen Anforderungen an die Badegewässerqualität der Elbe sicher zu erreichen.</li> <li>- Die Elbe ist eine Bundeswasserstraße und kann damit auch durch die Schifffahrt und notwendige Unterhaltungsmaßnahmen erhebliche Gefahren für Badende bringen.</li> </ul> <p>Es wird auch in Zukunft Abwassereinleitungen in die Elbe geben. Die Grenzwerte für die Erteilung einer Erlaubnis sind sehr streng und das Wasser wird sehr gut vorbehandelt, bevor es in die Elbe fließt. Dennoch sollte in der Elbe nicht gebadet werden. Die verbesserte Wasserqualität der Elbe ist nicht allein ausschlaggebend für die Erteilung einer Badeerlaubnis für die Elbe.</p>

<b>Antrag 20</b>	<b>Ich fordere mehr 1 €-Kräfte einzusetzen, um das Stadtgebiet, die Straßen und Wege in Ordnung zu halten.</b>
<b>Abstimmung:</b>	22 Dafür, 3 Dagegen, 9 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	Kevin (12)
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

## Freizeit

### Strinum

<b>Antrag 21</b>	<b>Wir fordern die Schaffung eines Fußballplatzes in Strinum oder eine Spielerlaubnis an der Feuerwehr.</b>
<b>Abstimmung:</b>	22 Dafür, 2 Dagegen, 11 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	Dennis (9 - Strinum)
<b>Paten</b>	Staatskanzlei Sachsen-Anhalt (Magdeburg)
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	<p>Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt Mitte Dezember 2007 (im Bezug auf die Anträge 21, 22 und 26): Das Land Sachsen-Anhalt fördert den Neubau, die Sanierung, die Erweiterung und die Modernisierung von Sportstätten, so unter anderem auch den Bau eines Fußballplatzes oder den Neubau einer Sporthalle. Dabei beteiligt sich das Land an allen Maßnahmen mit bis zu 30 % der Gesamtkosten. Die übrigen 70 % müssen durch die Kommune oder den Sportverein finanziert werden. Für solche Baumaßnahmen sind die Kommunen oder der Sportverein verantwortlich. Sie müssen dazu einen Antrag beim Landesverwaltungsamt, Referat Sport, einreichen. Wenn Ihr dazu weitere Fragen habt, könnt Ihr Euch dorthin an Frau Schön-Richter, Telefon: 0391/567-2452, wenden.</p> <p>Auch der Landessportbund Sachsen-Anhalt fördert den Neubau, die Sanierung oder den Umbau von Sportstätten seiner Vereine mit bis zu 50.000 Euro, höchstens aber bis zu 30 % der Gesamtkosten. Für die Region Roßlau ist der Stadtsportbund Dessau und für die Region Zerbst der Kreissportbund Wittenberg zuständig. In Dessau könnt Ihr Näheres von Frau Quast, Telefon: 0340/8822-196, und in Wittenberg von Frau Prämer, Telefon: 03491/402678, erfahren.</p>

### Roßlau

<b>Antrag 22</b>	<b>Wir fordern die Sanierung des Bolzplatzes in Roßlau.</b>
<b>Abstimmung:</b>	23 Dafür, 8 Dagegen, 12 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	
<b>Paten</b>	Staatskanzlei Sachsen-Anhalt (Magdeburg)
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	Antwort siehe Antrag Nr. 21

### Zerbst

<b>Antrag 23</b>	<b>Wir fordern einen geführten Jugendclub mit folgenden Angeboten: Kinovorführungen, Jugend-Disco, Mitbestimmungsrechten, Workshops, Fitnessraum, Computer, soziale Getränkepreise, Nichtraucherclub.</b>
<b>Abstimmung:</b>	28 Dafür, 9 Dagegen, 6 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	Nadine (15), Jenifer (15), Marion (16), Maik (14), Susann (15)
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

### Walternienburg

<b>Antrag 24</b>	<b>Wir fordern einen Jugendclub für Jugendliche ab 14 Jahren in Walternienburg.</b>
<b>Der Antrag</b>	Wir hätten gern einen Raum, in dem wir uns auch bei Regen treffen können. Raum mit Sitzecke, Tischen; Sanitäranlagen. Zur Zeit besteht keinerlei Möglichkeit irgendeiner Art in unserem Ort.
<b>Abstimmung:</b>	Julia (12)
<b>Antragssteller</b>	25 Dafür, 11 Dagegen, 3 Enthaltungen
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

**Deetz / Walternienburg**

<b>Antrag 25</b>	<b>Wir fordern eine Skater-Rampe auf dem Spielplatz in Walternienburg und in Deetz. Die Fahrmöglichkeiten in beiden Dörfern ist sehr schlecht, außerdem beschweren sich die Leute, da das Skaten ziemlich laut ist.</b>
<b>Abstimmung:</b>	32 Dafür, 3 Dagegen, 5 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	David (13)
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

**Zerbst**

<b>Antrag 26</b>	<b>Wir fordern einen Fußballplatz mit Rasen und Netzen hinter der Schwimmhalle und in Nord.</b>
<b>Abstimmung:</b>	31 Dafür, 6 Dagegen, 3 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	Maik (14)
<b>Paten</b>	Staatskanzlei Sachsen-Anhalt (Magdeburg)
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	Antwort siehe Antrag Nr. 21

## Schule

<b>Antrag 27</b>	<b>Wir fordern mehr Unterstützung von den Lehrern</b>
<b>Abstimmung:</b>	27 Dafür, 11 Dagegen, 1 Enthaltung
<b>Antragssteller</b>	Angela (12), Charlotte (13), Christian (15)
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

<b>Antrag 28</b>	<b>Wir fordern keine Hausaufgaben über das Wochenende aufzugeben.</b>
<b>Abstimmung:</b>	33 Dafür, 7 Dagegen, 0 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	Angela (12), Charlotte (13), Christian (15)
<b>Paten</b>	Staatskanzlei Sachsen-Anhalt (Magdeburg)
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt Mitte Dezember 2007: Hausaufgaben setzen die in der Schule begonnenen Lernprozesse fort oder bereiten den geplanten Unterricht vor. Sie geben Gelegenheit zu zunehmend selbständiger Organisation Eurer Lernarbeit. Hausaufgaben dienen in erster Linie der Sicherung und Festigung des erworbenen Wissens und Könnens. Das Kultusministerium hat einen zeitlichen Orientierungsrahmen der täglichen Gesamtdauer für die Erledigung der Hausaufgaben vorgegeben. Da das Wochenende auch der Erholung dienen soll, gilt diese für einen Tag vorgesehene Zeit auch für Hausaufgaben, die von Freitag auf Montag aufgegeben werden. Wer die Hausaufgaben also gleich am Freitag erledigt, hat den Samstag und den Sonntag frei.

<b>Antrag 29</b>	<b>Wir fordern kürzere Busfahrzeiten und keine Umstiege auf unseren Schulwegen.</b>
<b>Hintergrund:</b>	Die Kinder wohnen in Jütrichau und gehen in Güterglück in die Förderschule. Sie müssen mit dem Schulbus um 6.50 Uhr los und sind ca. 7.50 in Güterglück mit Umsteigen in Zerbst an der Schwimmhalle (Wartezeit ca. 5 min), der Rückweg ist ebenso nur mit Umsteigen in Zerbst (etwas längere Wartezeit) zu bewältigen. Mit dem Pkw wäre die Strecke in ca. 20 min zu schaffen.
<b>Abstimmung:</b>	28 Dafür, 4 Dagegen, 8 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	Angela (12), Charlotte (13), Christian (15)
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die <b>Staatskanzlei Sachsen-Anhalt</b> Mitte Dezember 2007: Die wichtigen Regelungen zur Schülerbeförderung sind im Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt festgeschrieben. Danach ist die Schülerbeförderung eine Aufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Diese organisieren den Schulbusverkehr und können entscheiden, in wieweit sie diesen mit dem öffentlichen Linienverkehr vereinbaren. In Kooperation mit den beauftragten Kraftfahrtunternehmen gestalten sie die Fahrpläne eigenverantwortlich. D. h., Ihr müsstet Euch auch hier mit den Verantwortlichen beim Landkreis bzw. bei der Stadt Dessau in Verbindung setzen, um Euren Wunsch vorzutragen.

## Güterglück

<b>Antrag 30</b>	<b>Wir fordern einen Physiklehrer für die Förderschule in Güterglück.</b>
<b>Abstimmung:</b>	10 Dafür, 9 Dagegen, 17 Enthaltungen
<b>Antragssteller</b>	Angela (12), Charlotte (13), Christian (15)
<b>Paten</b>	
<b>Was aus dem Antrag bisher geworden ist</b>	

**Güterglück**

**Antrag 31**      **Wir fordern eine neue Sporthalle und einen Spielplatz für die Förderschule in Güterglück.**

**Abstimmung:** 13 Dafür, 11 Dagegen, 6 Enthaltungen  
**Antragssteller** Angela (12), Charlotte (13), Christian (15)

**Paten**

**Was aus dem**

**Antrag bisher**

**geworden ist**      *Es soll ein Lageplan mit dem gewünschten Ort markiert werden.*

**Zerbst**

**Antrag 32**      **Wir fordern die Sanierung des Spielplatzes im Ankuhn.**

**Abstimmung:** 8 Dafür, 7 Dagegen, 16 Enthaltungen

**Antragssteller** Dominik (8)

**Paten**

**Was aus dem**

**Antrag bisher**

**geworden ist**      *Es soll ein Lageplan mit dem gewünschten Ort markiert werden.*

**Dessau**

**Antrag 33**      **Ich fordere in der Hugo-Junkers-Schule in Dessau mehr Praktikum und weniger Unterricht.**

**Abstimmung:** 23 Dafür, 7 Dagegen, 7 Enthaltungen

**Antragssteller** Marcel (16)

**Paten** Staatskanzlei Sachsen-Anhalt (Magdeburg)

**Was aus dem Antrag bisher geworden ist** Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt Mitte Dezember 2007: Die Hugo-Junkers-Schule ist eine berufsbildende Schule. In den dort angebotenen Bildungsgängen der unterschiedlichen Schulformen sind die Anteile von Theorie und Praxis auch durch Rahmenlehrpläne und Rahmenrichtlinien geregelt. Grundsätzlich kann die Schule daran nichts ändern. Das ist deshalb so, weil die Rahmenlehrpläne und Rahmenrichtlinien auf Bundesebene strukturiert und abgestimmt worden sind und das Absolvieren von Theorie und Praxis die Anerkennung Eurer Abschlüsse sichert.

**Antrag 34**      **Wir fordern ein friedliches und zivilisiertes Miteinander in der Schule.**

**Abstimmung:** 28 Dafür, 7 Dagegen, 3 Enthaltungen

**Antragssteller** Laura (11), Dennis (11), Jennifer (13)

**Paten**

**Was aus dem**

**Antrag bisher**

**geworden ist**

Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt Prof. Dr. Wolfgang Böhmer

Im Auftrag des Ministerpräsidenten schrieb die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt Mitte Dezember 2007: Der Ministerpräsident war von diesem Antrag besonders beeindruckt. Ein friedlicher und zivilisierter Umgang miteinander ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Lernen an der Schule. Aber auch für das weitere Leben ist die Entwicklung solcher sozialer Kompetenzen von ganz großer Bedeutung. In vielen Schulen gibt es schon Vereinbarungen zwischen Lehrern und Schülern und auch Eltern, die darauf abzielen, Werte und Normen für ein Zusammenleben, für ein verständnisvolles Miteinander, für Respekt, Toleranz und Hilfsbereitschaft zu entwickeln und Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen. Außerdem können Schulen neben dem Unterricht je nach besonderer Situation und Problemlage verschiedene Angebote, wie z. B. Mediationskurse, Programme zur Persönlichkeitsstärkung oder anderer bildungsbezogene Projekte wahrnehmen.

Herr Ministerpräsident hatte sich bei dem Treffen mit Eurer Delegation bereiterklärt, die Patenschaft für ein solches Projekt zu übernehmen. Es wäre schön, wenn Ihr Euch noch einmal darüber Gedanken macht, an welchen der Schulen, die Ihr besucht, mehr für ein friedliches und zivilisiertes Miteinander getan werden sollte. Ihr könntet das bei den jeweiligen Schulleitungen bereits schon ansprechen. Beratet Euch am besten auch mit Euren Erziehern! Im nächsten Schritt würde ich Euch gern helfen, die Kontakte zwischen Projektverantwortlichen und Euren Schulen herzustellen.